

Warum so zögerlich, Herr Mappus?

Ein Volksentscheid über Stuttgart 21 wäre auch im Sinne von Ministerpräsident Stefan Mappus und stünde in der Verfassungstradition eines Landes, das 1951 per Volksentscheid gegründet wurde, meint der Mannheimer Politikwissenschaftler Thomas König. Andernfalls drohten Baden-Württemberg womöglich „hessische Verhältnisse“. Demgegenüber würde selbst im Fall einer Ablehnung von Stuttgart 21 durch den Bürger nur ein Bypass folgen, der für alle Konfliktparteien und Beteiligten eine tragbare Kompromisslösung darstellt.

Der Autor ist Leiter des Sonderforschungsbereichs SFB 884 „Politische Ökonomie von Reformen“ und Projektleiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

Wird sich die baden-württembergische Landesregierung am Ende zu einem Volksentscheid durchringen? Und wäre es für die Grünen von Vorteil, das Thema Stuttgart 21 möglichst bald von der Agenda zu nehmen? Auf den ersten Blick erscheinen beide Fragen unsinnig. Ministerpräsident Mappus hat sich bereits gegen die Durchführung eines Volksentscheids ausgesprochen und die Grünen profitieren zurzeit am meisten von der Thematisierung des Großprojekts.

Doch am Ende könnte sich Stuttgart 21 sowohl für die Landesregierung um Herrn Mappus als auch für die Grünen als Stolperstein erweisen. Denn je wichtiger das Thema Stuttgart 21 bei den kommenden Wahlen sein wird, desto unwahrscheinlicher wird nicht nur Herr Mappus im Amt bleiben, sondern desto deutlicher käme es auch zu einer klassischen Lagerbildung zwischen links und rechts. Diese Lagerbildung würde die auch über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus diskutierte schwarz-grüne Koalitionsoption beerdigen – ein Verlust, der vor allem die SPD erfreuen dürfte.

Auf der einen Seite stehen mit Stuttgart „oben“ die Grünen und die Linke für eine oberirdische Lösung, auf der anderen Seite mit Stuttgart „unten“ die CDU und die FDP für das Tunnelgroßprojekt. Die SPD liegt inhaltlich eher „unten“, tendiert aber wahltaktisch nach „oben“: Sie hält sich damit sowohl für Stuttgart 21 als auch für die Koalitionsbildung im Frühjahr alle Optionen offen. Für die Grünen könnte sich also ein Wahlerfolg mit dem Thema Stuttgart 21 als Pyrrhussieg erweisen: Sie könnten dann nur mit der Linken und einer SPD, der auch noch die Große Koalition offen steht, eine Regierung bilden. Für Baden-Württemberg wären diese „hessischen Verhältnisse“ ein unberechenbares Novum.

Mit Blick auf Hessen, wo Andrea Ypsilanti mit dem Versuch einer derartigen Linksregierung bekanntlich gescheitert ist, dürfte sich selbst die SPD in Baden-Württemberg die Frage stellen, ob die Mediation im Big Brother-Format unter Regie von Heiner Geißler die Lagerbildung verhindern bzw. auflösen kann. Eigentlich wird unter Mediation verstanden, dass es einer neutralen Person gelingt, die Kommunikationsdefizite der Streitparteien so weit abzubauen, dass diese sich selbst über eine Lösung verständigen können. Die zahlreichen Einwände während der Planfeststellung zu Stuttgart 21 legen allerdings die Vermutung nahe, dass die Einbindung der Bürger mehr Konflikt- als Kompromisspotenzial birgt. Am Ende des Verfahrens könnte die Einsicht obsiegen, dass über „oben“ oder „unten“ entschieden werden muss.

Wird also Baden-Württemberg ein neues Hessen und könnte darüber vielleicht auch noch die Kanzlerin und die schwarz-gelbe Regierung in Berlin stolpern? Scheitert Heiner Geißler und bleibt das Thema Stuttgart 21 auf der medialen Agenda, dann steigt sicherlich die Wahrscheinlichkeit von hessischen Verhältnissen in Baden-Württemberg. Aber noch kann Stefan Mappus einen Lagerwahlkampf und damit eine mögliche Linksregierung verhindern. Es bedarf allerdings eines Strategiewechsels von Kommunikation mit dem Bürger zur Entscheidung durch den Bürger.

Ein Volksentscheid erscheint vielen auf den ersten Blick als schlechteste Alternative, jedoch dürften die demokratiethoretischen Haupteinwände – die Möglichkeit einer unpräzisen Fragestellung bei der Abstimmung sowie die Uninformiertheit der Bevölkerung – bei Stuttgart 21 nicht greifen. Sicherlich wäre ein früherer Bürgerentscheid klüger gewesen und ärgerlich wäre eine Kehrtwende am Ende eines so langen Prozesses allemal. Aber der Einwand, man dürfe nach einer so langen Vorlaufzeit ein Projekt nicht mehr grundsätzlich in Frage stellen, hält Vergleichen nicht stand. Erinnert sei hier an das irische Referendum, das fast die neunjährigen Verhandlungen über die Reform der EU auf den Kopf gestellt hätte. Die Politik muss schließlich Wege finden, mit dem Willen des Volkes umzugehen.

Vorbehaltlich seiner verfassungsgemäßen Durchführbarkeit erscheint der Volksentscheid als eine interessante Alternative für alle Beteiligten. Seine Vorzüge entwickelt er aus der raschen Herbeiführung einer Entscheidung. Gegenüber einer langwierigen Kommunikation mit sich ändernden Positionen hätte der Volksentscheid den Vorteil, dass eine rasche Entscheidung eine Polarisierung des Landtagwahlkampfes abwenden würde. Das würde eine vernünftige Abwägung der Alternativen zuerst auf Seiten der Bürger und anschließend der Parteien erlauben. Des weiteren steht eine rasche Entscheidung der Bürger ihrer langwierigen Einbindung in der Planfeststellung gegenüber, die ausreichend Zeit für Information und Kommunikation gegeben hatte, ohne die entscheidende Frage „oben“ oder „unten“ zu formulieren.

Dabei – und das ist nicht unwichtig für ein Zusammenfinden der Konfliktparteien – ist völlig offen, wie der Volksentscheid ausgehen würde. Angenommen die Baden-Württemberger beteiligten sich in vergleichbarem Maße wie bei einer Landtagswahl, dann müssten für einen Erfolg der Projektgegner nicht nur die Wähler der Grünen, der Linken und der SPD, sondern auch weite Teile der CDU- und FDP-Wähler dieser Linie folgen. Denn nur wenn mindestens ein Drittel aller Stimmberechtigten mit „Ja“ stimmt, ist ein Volksentscheid im Ländle angenommen. Das ist kaum zu schaffen, wenn beispielsweise viele Freiburger oder Mannheimer zu Hause bleiben oder die Ulmer Stuttgart „oben“ bevorzugen. Dann wäre das Projekt auf diese Weise entschieden und das Thema aus der Medienwelt. Also, warum so zögerlich, Herr Mappus?

Und selbst wenn ausreichend Bürger Interesse für Stuttgart 21 aufbrächten und schließlich sogar für „oben“ votierten, dann käme am Ende wohl lediglich ein Stuttgarter Bypass heraus, der nach Frankfurter Vorbild die beiden Flughäfen miteinander verbinden würde. Diese Variante wäre in der Tat eine tragbare Kompromisslösung. Auf der einen Seite könnte die Bahn dadurch ihr Ziel erreichen und dem innerdeutschen Luftverkehr mit einem hoch frequentierten Stuttgarter Flughafenbahnhof Konkurrenz machen. Auch die Haltepunkte in Mannheim und Ulm wären unmittelbar an das Flugnetz angebunden, das die Stuttgarter in ähnlicher Zeit über einen S-Bahnanschluss erreichen.

Auf der anderen Seite könnten die Stuttgarter die Untertunnelung ihrer Stadt abwenden wie auch die Stadt an ihren Plänen festhalten könnte und zumindest einen Teil des verkleinerten Bahnhofsgeländes restrukturieren. Der Steuerzahler würde erhebliche Kosten sparen, die bei einer baldigen 80% Staatsverschuldung Deutschlands andernorts kompensiert werden müssen. Und schließlich wären die Bürger mit der Politik in einem wirtschaftspolitisch erfolgreichen Land zufrieden, das seine Entstehung einem Volksentscheid zu verdanken hat.